

# i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 1/2017

15. März 2017



## Liebe Leserinnen und Leser,

im Zentrum der parlamentarischen Arbeit im ersten Quartal dieses Jahres stand die Einbringung und Verabschiedung des Staatshaushaltes für 2017. Trotz vollen Kassen mit einem Rekordüberschuss 2016 von 3,5 Milliarden Euro und Reserven von insgesamt fünf Milliarden Euro zeigt die Landesregierung weder Ehrgeiz noch Mut zu wichtigen Investitionen, die unser Land voranbringen. Das liegt in erster Linie daran, dass Grüne und CDU keine gemeinsame Idee für die Zukunft Baden-Württembergs eint. Wo die Regierungsarbeit nicht die grün-rote Politik der letzten Jahre fortschreibt, erschöpft sie sich meist im bloßen Verwalten, anstatt im politischen Gestalten. Gerade da, wo es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Bevölkerung geht, fehlen zukunftsweisende Maßnahmen.

So werden vor allem die Kommunen im Regen stehen gelassen. Sie sind es doch letztendlich, die die Herausforderungen der Flüchtlingskrise vor Ort meistern müssen. Doch anstatt sie bei Integration, Wohnraumbereitstellung und Bildung zu unterstützen, belastet die Landesregierung sie zusätzlich mit 320 Millionen Euro pro Jahr. Bei meinen Vorortbesuchen im Wahlkreis zeigen die Bürgermeister sehr wenig Verständnis für dieses Vorgehen. Die SPD-Fraktion hatte bereits zu Beginn der Haushaltsberatungen mit einem Antrag gefordert, die Vorwegentnahme im kommunalen Finanzausgleichsgesetz, die zu Lasten der Städte und Gemeinden geht, nicht zu erhöhen, sondern zu senken, so wie es unter der Regierungsbeteiligung von SPD zwischen 2011 und 2016 durchgesetzt worden war. Diese Entlastung der Kommunen wäre in der derzeitigen Finanzsituation des Landes durchaus vertretbar gewesen.

Ebenso hat die SPD-Fraktion eine deutlich höhere Förderung der Krankenhäuser beantragt, damit dringliche Veränderungen umgesetzt und eine qualitativ hochwertige Patientenversorgung weiterhin gesichert werden kann. Sozialminister Lucha (Grüne) scheint hier aber eher die Schiene des Bundes fahren und die Krankenhauslandschaft in Baden-Württemberg umstrukturieren zu wollen. Kleinere Krankenhäuser, vor allem im ländlichen Raum, werden dabei auf der Strecke bleiben.

Wohnen gehört zur Daseinsvorsorge. Eine gerechte, nachhaltige und demografiefeste Wohnungspolitik ist aktive Sozialpolitik. Die CDU hat in ihrer Regierungszeit über viele Jahre zu wenig Wohnraum geschaffen. Dadurch hat sich der Wohnungsmangel - vor allem in den größeren Städten - bis heute zuspitzt. Deswegen fordern wir dringend eine Wohnraumoffensive und haben dazu ein Positionspapier erarbeitet. Einsehbar ist es unter:

<http://fraktion.bawue.spd.de/cgi-sub/fetch.php?id=1257>

Anstatt einer für unser Land richtungsweisenden gemeinsamen Idee kristallisiert sich jedoch bei Grün-Schwarz nach einem Jahr gemeinsamen Regierens immer stärker heraus, dass diese Koalition über kurz oder lang scheitern wird, ja scheitern muss. Immer mehr Bruchstellen treten in dem von Ministerpräsident Kretschmann als „Komplementärkoalition“ angepriesenen Bündnis zutage. Vor allem in der Abschiebungspolitik gibt es kaum Schnittmengen zwischen den beiden Parteien. Während die CDU sich als Sicherheitspartei profilieren und der Wählerklientel rechts der politischen Mitte anbieten will, versuchen die Grünen verzweifelt, weiterhin ihrem Bild einer offenen und multikulturellen Bürgerpartei zu entsprechen. Doch die Risse im Gebälk sind nicht mehr zu kaschieren. Weitere konträre Positionen zeigen sich auch in vielen anderen Themenbereichen, zum Beispiel in der Bildungspolitik, der Landwirtschaft und der Ausrichtung des freiwilligen Polizeidienstes.

Auch wenn die Frühlingssonne eher nach draußen lockt, wünsche ich Euch eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch MdL

## Wahl des Bundespräsidenten

Als Frank-Walter Steinmeier am 12. Februar von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt wurde, durfte ich mit 1.259 anderen Wahlmännern und –frauen in Berlin persönlich dabei sein. Mit Frank-Walter Steinmeier hat ein national und international erfahrener und umsichtiger Politiker das Amt des Bundespräsidenten übernommen. Ich freue mich, dass ein Sozialdemokrat nun dieses Amt inne hat, und bin überzeugt, dass er es bestens ausfüllen wird.



## Auf Delegationsreise in Indien

Mit einer mehr als 120-köpfigen Delegation aus Baden-Württemberg bestehend aus Vertretern von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft reiste ich im Januar eine Woche lang durch Indien. Ziel dieser Reise unter Führung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann war, die Kontakte nach Indien weiter zu beleben. Der 1,3 Milliarden Menschen zählende Staat untersteht derzeit einem starken Wandel und entwickelt sich wirtschaftlich erfolgreich weiter. Deshalb ist es gerade für baden-württembergische Firmen wichtig, auf diesem Markt präsent zu sein. Die Politik fungiert hierbei als wichtiger Türöffner. Ebenso wichtig ist es aber auch, den massiven Raubbau an der Natur zu stoppen. Stationen waren Pune, eine 3,5-Millionen-Einwohner-Stadt im Westen mit vielen baden-württembergischen Firmen, Mumbai – früher Bombay – als Finanzzentrum und größte Stadt Indiens mit 26 Millionen, und Bangalore im Süden, das als IT-Zentrum Indiens gilt.



## Landesparteitag in Schwäbisch Gmünd



Foto: SPD Baden-Württemberg

Eine unglaublich euphorische Stimmung zeichnete den Landesparteitag in Schwäbisch Gmünd aus. Martin Schulz als Kanzlerkandidat und Leni Breymaier als unsere Spitzenkandidatin für die SPD in Baden-Württemberg ernteten bei ihren Reden anhaltenden Applaus. Mit dem Umfragehoch von bundesweit 30 Prozent erhofft sich die Landes-SPD zumindest 26 Prozent bei den Bundestagswahlen und damit 26 Sitze im Bundestag.



Foto: SPD Baden-Württemberg

297 der insgesamt 316 Delegierten (94 Prozent) sprachen sich für Leni Breymaiers Platz eins auf der Landesliste aus. Ihr folgen Christian Lange, Rita Schwarzelühr-Sutter, Lothar Binding, Hilde Mattheis, Nils Schmid, Katja Mast, Martin Gerster, Ute Vogt und Johannes Fechner auf den ersten zehn Listenplätzen. Die gesamte Liste mit den detaillierten Wahlergebnissen ist einzusehen unter:

[https://www.spd-bw.de/dl/Ergebnis\\_Landesliste\\_BTW\\_20171.pdf](https://www.spd-bw.de/dl/Ergebnis_Landesliste_BTW_20171.pdf)



Vom Kreisverband Heidenheim waren als Delegierte auch dabei: Waltraut Bretzger, Wolfgang Lutz und Corina Koller.



## Wie barrierefrei ist die Brenzbahn?



Gemeinsam mit dem Heidenheimer Kreissenorenrat habe ich Annette Sawade, die für die SPD im Verkehrsausschuss des Bundestages sitzt, und die für die Stationen der Brenzbahn verantwortlichen Vertreter der DB zu einem Vororttermin eingeladen, um gemeinsam einige unserer Bahnhöfe auf ihre Barrierefreiheit zu untersuchen. Das Ergebnis war teilweise inakzeptabel, wie hier auf dem Heidenheimer Hauptbahnhof: Der Zustieg in einen IRE ist für ältere und gehbehinderte Menschen eine Herausforderung, für Rollator- oder Rollstuhlfahrer unmöglich.

Auch nicht zu bewältigen ist der in die Jahre gekommene Bahnübergang auf dem Schnaitheimer Bahnhof. Hier wird im Zuge der geplanten Stadtentwicklung des Wohngebiets Hagen eine neue und bessere Lösung gefunden werden müssen.



In Sontheim wurden die Bahnsteige im Rahmen der Ertüchtigung der Brenzbahn 2007 komplett neu gebaut, die barrierefreie Nachrüstung planerisch angedacht und baulich vorbereitet. Die Gemeinde war im Zukunfts-Investitionsprogramm (ZIP) des Bundes aufgrund der guten Realisierungschancen gemeldet, hätte aber ein Viertel der Kosten selbst tragen müssen. Dazu gab es keine Mehrheit im Gemeinderat, deswegen hatte man vorerst auf eine stufenfreie Verbindung verzichtet. Inzwischen hat Sontheim einen eigenen Weg zum Bahnsteig 2 geschaffen, der jedoch einen ziemlichen Umweg darstellt und dessen Rampe für Rollstuhlfahrer sehr steil ist.

## Mobilität im Landkreis Heidenheim

Das Thema Mobilität wird vor allem für unsere älteren Mitbürger immer wichtiger. Einige kleinere Orte im Kreis haben keine eigenen Einkaufsmöglichkeiten oder keine Hausarztpraxis mehr. Viele ältere Menschen können oder möchten kein eigenes Auto mehr fahren, aber trotzdem mobil und möglichst unabhängig bleiben. Auch junge Menschen, die noch keinen Führerschein haben oder sich kein Auto leisten können oder wollen, befinden sich in dieser Situation. Mobilität ist eine wichtige Frage der Daseinsvorsorge. Menschen dürfen nicht an den Rand gedrängt werden, weil sie nicht mobil genug sind. Ein guter ÖPNV oder neue flexible Mobilitätskonzepte sind hier dringend gefragt.

Deswegen habe ich gemeinsam mit dem Kreissenorenrat zu einer Abendveranstaltung ins Eugen-Loderer-Altenzentrum eingeladen, auf der Annette Sawade einige interessante Zukunftsideen der SPD-Bundestagsfraktion vorstellte und mit dem Publikum diskutierte. Neben der Barrierefreiheit sind ein besseres Fahrplanangebot, eine vernünftige Taktung der verschiedenen Verkehrsmittel und eine verbundübergreifende Zusammenarbeit notwendig, um den ÖPNV attraktiver zu gestalten. Selbstverständlich kostet das Geld. Hier müssen die Gemeinden sehen, was ihren Bürgern wichtig ist und entsprechende Prioritäten setzen.

Für neue Mobilitätskonzepte brauchen wir auch Phantasie und Kreativität. Dies bewies Rosmarie Helbich, Vorsitzende des Heidenheimer Kreissenorenrats, die für die kreisweite Aufstellung von Mitnahmebänken zur Ergänzung des ÖPNV warb. Hierzu hat sich der Kreissenorenrat bereits viele Gedanken gemacht und in Niederstotzingens Bürgermeister Marcus Bremer auch schon einen Mitstreiter gefunden. Er kann sich durchaus vorstellen, das Model der Mitnahmebänke als Pilotprojekt in seiner Stadt einzuführen und zu testen. Auch über die Möglichkeiten von Bürgerbussen oder Car-Sharing-Modellen wurde diskutiert. Hier griffen Gemeindevertreter aus Burgberg, Hürben und Hermaringen die Idee eines gemeindeübergreifenden Bürgerbusses auf.



## Wahlkreis: Vorortbesuch in Steinheim



Im Rahmen meiner regelmäßigen Gemeindebesuche traf ich mich mit Bürgermeister Olaf Bernauer sowie Vertretern von Gemeinderat und Verwaltung im Steinheimer Rathaus. Erster Diskussionspunkt war die aktuelle Haushaltssituation. Trotz extrem hoher Steuereinnahmen belastet Grün-Schwarz die Kommunen in Baden-Württemberg mit ca. 320 Millionen Euro zusätzlich. Dies sieht die SPD-Landtagsfraktion als großen Fehler an, weil schließlich die Kommunen für die anstehenden Aufgaben von Integration, Bildung und Wohnen eher mehr Geld und nicht weniger benötigen. Allein für Steinheim bedeutet diese Kürzung eine Belastung im kommunalen Haushalt von mehr als einer viertel Million Euro.

Um Steinheim zukunftsfähig zu machen stehen vor allem umfangreiche Investitionen im Bildungsbereich an. Das Schulzentrum soll um eine Mensa erweitert werden und die Anforderungen an ein gutes Ganztagschulkonzept und veränderte pädagogische Notwendigkeiten erfordern zusätzliche Flächen und Räume. Die in der Vergangenheit von der Gemeinde getätigten Investitionen, gerade im frühkindlichen Bereich, sind sehr sinnvolle Zukunftsinvestitionen, die in den letzten Jahren durch die SPD in der Landesregierung durchgesetzt wurden.

Was die Verfügbarkeit von Wohnraum in Steinheim betrifft, hat die Gemeinde gerade hinsichtlich der Innenverdichtung viel getan. Aktuell plant man Projekte, die für zusätzlichen Wohnraum sorgen sollen, insbesondere spezielle Angebote für ältere Menschen, was in Zeiten des demografischen Wandels immer wichtiger wird.

### Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80 | Fax: 07321/ 4 00 42

E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de

Internet: www.andreas-stoch.de

## Vorortbesuch in Königsbronn



Einen weiteren Besuch stattete ich der Gemeinde Königsbronn ab. Vor dem Gespräch im Rathaus besuchte ich das **Forstliche Bildungszentrum in Itzelberg** und ließ mich über die verschiedenen Aus- und Fortbildungsangebote im Bereich der Waldarbeit informieren. Leiterin Dr. Mechthild Freist-Dorr hieß mich mit Hans-Jürgen Schiffner und Oliver Grüll von der Königsbronner SPD willkommen. Bei der Berufsausbildung arbeitet das FBZ eng mit der Justus-von-Liebig-Schule in Aalen zusammen. Im Zentrum der Fortbildung steht verstärkt die Arbeitssicherheit. Wie Bäume möglichst sicher gefällt werden sollten, konnte ich im „Stockparkour“ erfahren.



**Beim Gespräch mit Bürgermeister Michael Stütz, der Verwaltung und Gemeinderäten im Rathaus** ging es um die aktuellen Projekte in Königsbronn. Geplant sind der Bau eines fünfgruppigen Kindergartens, eines Blockheizkraftwerks zur Beheizung gemeindeeigener Gebäude, die Sanierung der Georg-Elser-Schule und eine Neukonzeption der Georg-Elser-Gedenkstätte. Hier bittet die Gemeinde um finanzielle Unterstützung durch das Land. Auch die enorme Verkehrsbelastung durch die B 19 war Thema. Hier möchte Königsbronn gemeinsam mit Heidenheim einen Verkehrsgipfel durchführen, um nach Lösungen zu suchen.

Die Flüchtlingssituation hat sich im Ort sehr positiv entwickelt. BM Stütz dankt einer engagierten Bürgerschaft, beklagt aber, dass nicht ausreichend bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist. Besonders kritisch sieht er, dass der Familiennachzug vom Landkreis nicht auf die Verteilungsquote angerechnet wird, und bittet hierbei ebenfalls um Unterstützung.